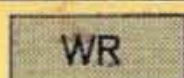
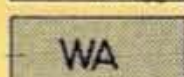




ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1.a) BBauG)



Reines Wohngebiet (§ 3 BauNVO)



Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)



Baugrundstücke für den Gemeinbedarf (§ 9 (1) 1.f) BBauG)
(Erweiterung der Volksschule)



Kindergärten

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 (1) 1.a) BBauG u. §§ 16 u. 17 BauNVO)

I II

Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze (§ 18 BBauG)

II IV

Zahl der Vollgeschosse zwingend

0.3

Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO)

0.4 0.6

Geschoßflächenzahl (§ 20 BauNVO)

BAUWEISE (§ 9 (1) 1.b) BBauG und § 22 BauNVO)



offene Bauweise



offene Bauweise, nur Hausgruppen zulässig

ZUSAMMENFASSUNG DER PLANZEICHEN

Art der baulichen Nutzung

WA	II (I+U)	Bauweise
Grundflächenzahl 0.3	0.6	Zahl der Vollgeschosse (Untergeschossausb. zul.)
Sockelhöhe bis 0.40	bis 30°	Geschoßflächenzahl
Kniestockhöhe bis 0.30		Dachneigung

ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 23 BauNVO)



Baulinie



Baugrenze



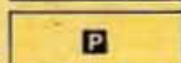
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 10 (4) BauNVO)



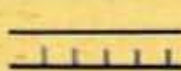
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
des Bebauungsplanes (§ 9 (5) BBauG)



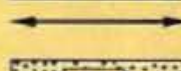
Verkehrsflächen (§ 9 (1) 3 BBauG)



öffentliche Parkflächen (§ 9 (1) 3 BBauG)



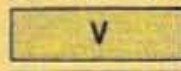
Straßenbegrenzungslinie



" mit Zufahrtsverbot
Richtungspfeil für die Firstrichtung der Wohngebäude



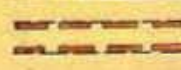
Grünfläche mit Kinderspielplatz (§ 9 (1) 8 BBauG)



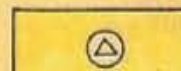
Verkehrsgrün mit Anpflanzungen (§ 9 (1) 15 BBauG)



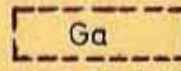
Böschungen



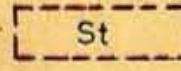
Mit Geh - Fahr - und Leitungsrecht zugunsten der
Badenwerk A.G. zu belastende Fläche (§ 9 (1) 11 BBauG)



Baugrundstück für Umformerstation



Flächen für Garagen



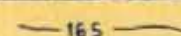
Flächen für private Stellplätze

FÜHRUNG OBERIRDISCHER VERSORGUNGSANLAGEN



20 KV Freileitung

HÖHENLAGE DES PLANGEBIETES



Höhenschichtlinie

165.30

Geländehöhe

165.40

Neue bzw. fertige Straßenhöhe

HB 165.321

Höhenbolzen

HINWEIS



Anzustrebende neue Grenzen der Baugrundstücke

- I. Aufgrund der §§ 8 und folgende des Bundesbaugesetzes vom 23.6.60 (BGBl. I S.341), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung) vom 26.6.62 (BGBl. I S.429), des § 1 der zweiten Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 27.6.61 (Ges.Bl. S.103) und des § 4 (1) der Gemeindeverordnung für Baden - Württemberg vom 25.7.55 (Ges.Bl. S.129) in Verbindung mit § 111 der Landesbauordnung für Baden - Württemberg vom 6.4.64 (Ges.Bl. S.151) beschließt der Gemeinderat den für die " U r t s e r w e i t e r u n g S Ü d " aufgestellten Bebauungsplan als Satzung.
- II. Bestandteile des Bebauungsplanes:
- 1) zeichnerische Festsetzungen im Plan 1 : 1000
 - 2) schriftliche Festsetzungen
 - 3) Straßenlängsschnitte im Maßstab 1 : 1000 / 1 : 100
- III. Der genehmigte Bebauungsplan wird mit der in § 12 BBauG vorgeschriebenen Bekanntmachung rechtsverbindlich.

S C H R I F T L I C H E F E S T S E T Z U N G E N (§ 9 (1) BBauG)

1. Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1.a) BBauG)

1.1 Im Bereich von allgemeinem Wohngebiet (WA) sind nur Wohngebäude mit nicht mehr als 2 Wohnungen zulässig (§ 4 (4) BauNVO).

1.2 Bei starkem Hanggefälle unter " Höchstens 2 Vollgeschosse " dürfen bergseits nur 1 Geschoß, talseits nur 2 Geschosse sichtbar werden.

1.3 Im Teilgebiet südlich des Kathol. Kindergarten, Volksschule und Evangel. Kindergarten ist § 4 (3) der Baunutzungsverordnung nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.

1.4 Die Mindestabstände nach LBO sind auch dann einzuhalten, wenn die Baugrenzen bis zur Grundstücksgrenze reichen.

2. Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 (1) 1.b) BBauG)

2.1 Die Stellung der Gebäude ist im Bebauungsplan durch Richtungspfeile für die Firstrichtung dargestellt.

2.2 Freistehende Kellerwände zur Talseite müssen angeböschert werden.

3. Höhenlage der baulichen Anlagen (§ 9 (1) 1.d) BBauG)

3.1 Sockelhöhe (Fußbodenoberkante des Erd- bzw. Untergeschosses)

a) bei ebenem Gelände ist die Sockelhöhe über der mittleren Höhe der angrenzenden Verkehrsfläche anzuordnen

b) am Hang von der talseitigen Geländeoberfläche an; bei Gebäuden talseits und bergseits der Straße, gemessen von der dortigen mittleren Höhe der natürlichen Geländeoberfläche.

4. Garagen und Stellplätze (§ 9 (1) 1.e) BBauG)

4.1 Für Art und Anzahl gelten die jeweiligen Richtlinien des Innenministeriums.

4.2 Garagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind zur seitlichen Grundstücksgrenze grenzbündig zulässig.

X 4.3 Senkrecht zur Straße errichtete Garagen müssen einen Mindestabstand von 5,00 m, parallel zur Straße errichtete Garagen einen Mindestabstand von 2,00 m von der Straßenbegrenzungslinie haben, soweit im zeichnerischen Teil keine anderen Festsetzungen getroffen sind.

4.4 Garagengruppen und freistehende Garagen im Bereich der vorderen Hälfte der überbaubaren Grundstücksfläche dürfen nur mit Flachdach errichtet werden.

4.5 Garagen im übrigen Bereich der überbaubaren Grundstücksfläche sind mit Flachdach oder Satteldach max. Traufhöhe 3,00 m zu errichten.

4.6 Stellplätze müssen planiert und befestigt sein.

4.7 In dem unter 1.3 genannten Teilgebiet dürfen Garagen nur in den dafür vorgesehenen Flächen errichtet werden. Dies gilt nicht für das Baugrundstück südwestlich des Kathol. Kindergartens und für Baugrundstücke an der Planstraße 7, sobald die dortigen Garagenflächen bebaut sind.

5. Außere Gestaltung der baulichen Anlagen (§111 LBO)

5.1 Nebengebäude:

a) Nebengebäude mit einer max. Grundfläche von 40 qm müssen grenzbündig zusammengebaut werden und sind in Form und Farbe einander anzupassen.

Die zeichnerischen Festsetzungen weisen bei entsprechenden rückwärtigen Baugrenzen die hierfür vorgesehenen überbaubaren Flächen aus.

b) Nebengebäude dürfen nur 1 geschossig, mit einer max. Traufhöhe von 3,00 m errichtet werden.

5.2 Einfriedigungen:

Einfriedigungen an öffentlichen Straßen und Plätzen dürfen einschl. des Sockels von höchstens 0,30 m die Gesamthöhe von 0,80 m nicht übersteigen.

6. Ausnahmen (§ 31 (1) BBauG)

6.1 Überbauung der Baugrenzen bis 2,00 m, soweit die gesetzlichen Mindestabstände gem §§ 7 und folgende LBO hierdurch nicht berührt werden.

6.2 Bei Baugrundstücken unter dem Durchschnitt der allgemeinen Bauplatzgrenze ist eine geringe Überschreitung der festgesetzten Grund-

GEMEINDE BAIERTAL
BEBAUUNGSPLAN
ERISERWEITERUNG SÜD

- 2 -

IV. Versorgungsleitungen

Alle erforderlichen Versorgungsleitungen wie Ent- und Bewässerung, Elektrizität usw. werden durch diese Bebauungsplanänderung nicht berührt.

V. Bodenordnung

Eine Neuordnung für das Plangebiet ist bereits durchgeführt. Evtl. Veränderungen von Grundstücksgrenzen sind vom Grundstückseigentümer durch Maßbrief zu regeln. Eine Neuordnung ist nicht mehr erforderlich.

Wiesloch, den 1. März 1972

Oberbürgermeister

In Vertretung:

Mohr



Planungsamt

Wohlath

Bebauungsplan "Ortserweiterung Süd"; Gemarkung Wiesloch Stadtteil
Baiertal; Änderung zwischen Fichtenweg, Akazienweg und Tannenweg

B e g r ü n d u n g
~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~

nach § 9 BBauG

I. Allgemeines

- (1) Für das Gebiet "Ortserweiterung Süd" liegt ein Bebauungsplan vor, der am 22. Mai 1968 vom Landratsamt Heidelberg genehmigt wurde.
- (2) Bei der seinerzeit durchgeführten Baulandumlegung wurden zwischen dem Fichtenweg, Akazienweg und Tannenweg vier Baugrundstücke gebildet um darauf entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes eine Hausgruppe zu errichten.
- (3) Der Eigentümer der Grundstücke hat über seinen Architekten einen Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes in diesem Bereich gestellt. Aufgrund der topographischen Verhältnisse kann auf dem Gelände die Errichtung einer Hausgruppe nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten durchgeführt werden.
- (4) Der rechtskräftige Bebauungsplan "Ortserweiterung Süd" soll in dem genannten Bereich zuerst geändert werden, daß dort die Errichtung von drei Einzelhäusern möglich wird.

II. Räumlicher Geltungsbereich

Das Plangebiet umfaßt die Grundstücke zwischen Fichtenweg, Akazienweg und Tannenweg mit Ausnahme des Grundstücks für die Trafostation und der Garagen- bzw. Stellplatzgrundstücke.

III. Erschließung

Es ist nicht beabsichtigt im Zuge der Bebauungsplanänderung Straßenzüge zu verlegen bzw. zu verändern.

IV. Versorgungsleitungen

Alle erforderlichen Versorgungsleitungen wie Ent- und Bewässerung, Elektrizität usw. werden durch diese Bebauungsplanänderung nicht berührt.

V. Grenzordnung

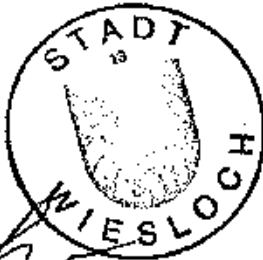
Eine Gemarkungslage für das Plangebiet ist bereits durchgeführt. Evtl. Veränderungen von Grundstücksgrenzen sind vom Grundstückseigentümer durch Maßstab zu regeln. Eine Gemarkungslage ist nicht mehr erforderlich.

Wiesloch, den 1. März 1943

Oberbürgermeister

In Vertretung:

Mohr



Planungsamt

Hollbach

GEMEINDE BAIERTAL
LANDKREIS HEIDELBERG

BEBAUUNGSPLAN "ORTSERWEITERUNG SÜD"

Inhaltsverzeichnis

- I. Begründung (§ 9 (6) BBauG)
- II. Verzeichnis der betroffenen Grundstücke

1. Begründung

1. Allgemeines

Das Gebiet des festzustellenden Bebauungsplanes "Ortserweiterung Süd" ist im Entwurf zum Flächennutzungsplan als Wohngebiet dargestellt. Planungsentwurf mit Modell wurden durch die Beratungsstelle für Bebauungspläne beim Regierungspräsidium für Nordbaden in Karlsruhe erarbeitet.

Das Baugebiet liegt im Süden der derzeitigen Ortsbebauung im Anschluß an die neu errichtete Volksschule.

In Erweiterung des Schulzentrums sind Kindergärten mit Gemeindezentren beider Konfessionen im Anschluß an die neue Volksschule eingeplant. Das zu erschließende Gebiet erstreckt sich über eine von Westen nach Osten verlaufende Talmulde mit den nach Norden und Süden aufsteigenden, leicht geneigten, Hängen.

Die im östlichen Teil des Plangebietes bestehende Lederschenstraße verbindet durch ihre Fortsetzung nach Westen die geplante Ortsverbindung Baiertal - Diebheim mit dem bestehenden östlichen Ortsteil an der Kreisstraße Nr. 109.

Im Bereich der vorgesehenen Läden, 4 geschossigen - und Reihenbebauung ist als örtliche Erholungsfläche eine Grünanlage mit Kinderspielfeld eingeplant.

Die seit mehreren Jahren stagnierende Bautätigkeit in der Gemeinde Baiertal erfährt durch die geplante Erschließung wieder den notwendigen Aufschwung.

2. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Das Planfeststellungsgebiet wird im Norden durch den bestehenden Ortsteil mit der neuen Volksschule begrenzt.

Im Osten bildet der verbleibende Grundstücksteil von Grdst. Nr. 1939, die bestehende Bebauung am Mühlenbergweg und der Lederschenstraße und der Gungelbach die Begrenzung.

Im Süden und Westen bilden die nichtberührten Ackergrundstücke der Gewanne Wasentich, Spitzenberg, Schneidersacker, Sinsheimer Höhe, Auf der Miel und Bildacker die Grenze.

3. Bebauung

Die Planung über die Bebauung ist überwiegend auf den ländlichen Bedarf an 1 - und 2 geschossigen Ein- und Zweifamilienwohnhäusern abgestimmt.

Der 4 geschossigen Bebauung an der Planstraße 11 hat der Gemeinderat nur unter Vorbehalt zugestimmt, da die Gemeinde derzeit über keinerlei Mittel verfügt, ein derartiges Bauprogramm durchführen zu können. Wegen des überwiegend ländlichen Charakters des Planungsgebietes ist seitens der Gemeinde gegen die Errichtung von Nebengebäuden in beschränktem Umfang nichts einzuwenden.

Im Bereich des baulichen Schwerpunktes strebt die Gemeinde die Errichtung eines Ladenzentrums an, das die örtliche Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs gewährleistet.

4. Verkehr

4.1 Fließender Verkehr:

Die äußere Erschließung erfolgt über die Planstraße 1 über die Diehlheimer Straße zur Landesstraße Nr. 547 (Wieselocher Straße) und über die Lederschenstraße (Verlängerung der Planstraße 1) zur Kreisstraße Nr. 109 (Hörsenberger Straße).

4.2 Ruhender Verkehr:

Für den ruhenden Verkehr wurde bei den Festsetzungen im Bebauungsplan eine Vollmotorisierung zugrunde gelegt. Für jede Wohnung ist ein Stellplatz oder eine Garage vorzusehen, die auf dem Baugrundstück oder in Gemeinschaftsanlagen unterzubringen sind.

5. Bodenordnung

Die im Bebauungsplan angedeuteten Grenzen der neuen Baugrundstücke sind unter geringfügigen Abweichungen in den Zuteilungsentwurf zur Baulandumlegung bereits übernommen worden. Die beteiligten Grundeigentümer haben ihrer neuen Zuteilung zugestimmt.

6. Versorgungsleitungen und Entwässerung

Die Versorgung mit Wasser und Strom sowie die Abwasserbeseitigung erfolgt über das zu erweiternde örtliche Versorgungsnetz.

7. Flächenverteilung

Größe des Planungsgebietes	15. 87,66 ha	100 %
Verkehrs - und Grünflächen	3. 32,63 ha	20,95 %
Bauflächen	12. 55,03 ha	79,05 %

Die durchschnittlichen Bauplatzgrößen liegen bei 6 - 7 ar.

8. Geplante Wohnungen (WE)

Vollgeschosse	geplante WE min.	geplante WE max.
I	60	60
II	150	192
II Reihen	16	16
IV	36	48
Insgesamt:	262	316

9. Einwohnerzahl

Angenommen pro Wohnung 3,5 Einwohner (Bundesdurchschnitt)

Geplante WE min.	=	262 x 3,5	=	917 Einwohner
Geplante WE max.	=	316 x 3,5	=	1106 Einwohner
<hr/>				
Mittel:	=	289 x 3,5	=	1012 Einwohner

10. Wohndichte

Reine Wohnbaufläche	=	12,55 ha
Einwohnerzahl (Mittel)	=	1 012 Einwohner
Wohndichte: 1 012 / 12,55 ha	=	81 Einwohner/ha

11. Kosten

Die überschlägig ermittelten Kosten, die durch die vorgesehenen städtebaulichen Maßnahmen entstehen, setzen sich wie folgt zusammen:

11.1 Straßen (Öffentliche Verkehrsflächen)

31300 qm x 65.- DM/qm ca DM 2.035 000.-

Grünfläche mit Kinderspielplatz

1970 qm x 20.- DM/qm ca DM 40 000.-

11.2 Kanalisation

2420 lfdm x 140.- DM/lfdm ca DM 339 000.-

11.3 Baulandumlegung

158 800 qm x 0,40 DM/qm ca DM 64 000.-

Die Gesamtkosten betragen ca DM 2.478 000.-

DER PLANER:
Heidelberg, den 10. Juli 1967



Zipprian

Öffentl. best. Vermess. Ing.

Rhein-Neckar-Kreis

Gemeinde: Wiesloch

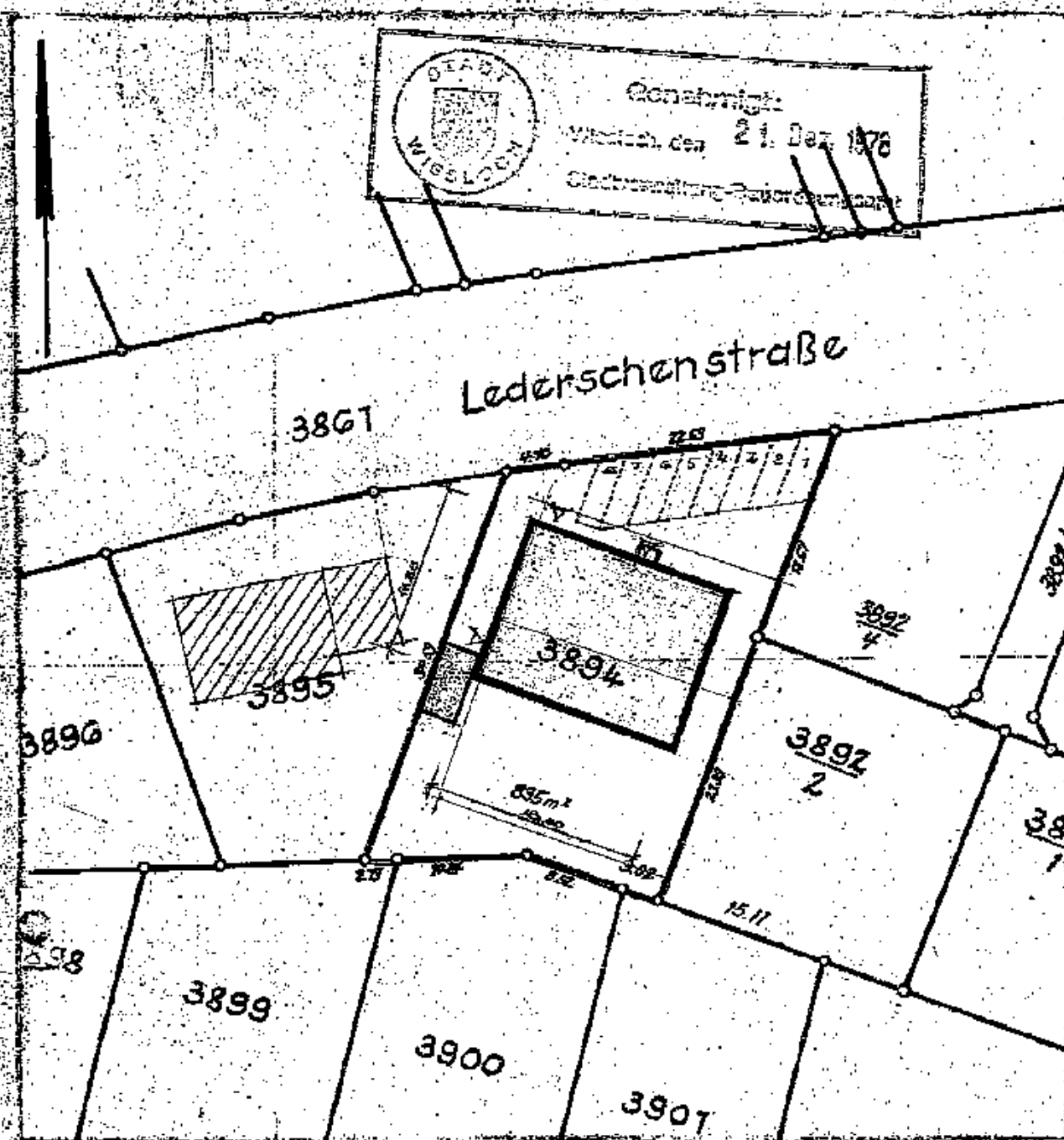
Gemarkung: Baieral

(Ortsteil)

Unbeglaubigter Auszug

aus dem Liegenschaftskataster

Flurstück Nr. 3894



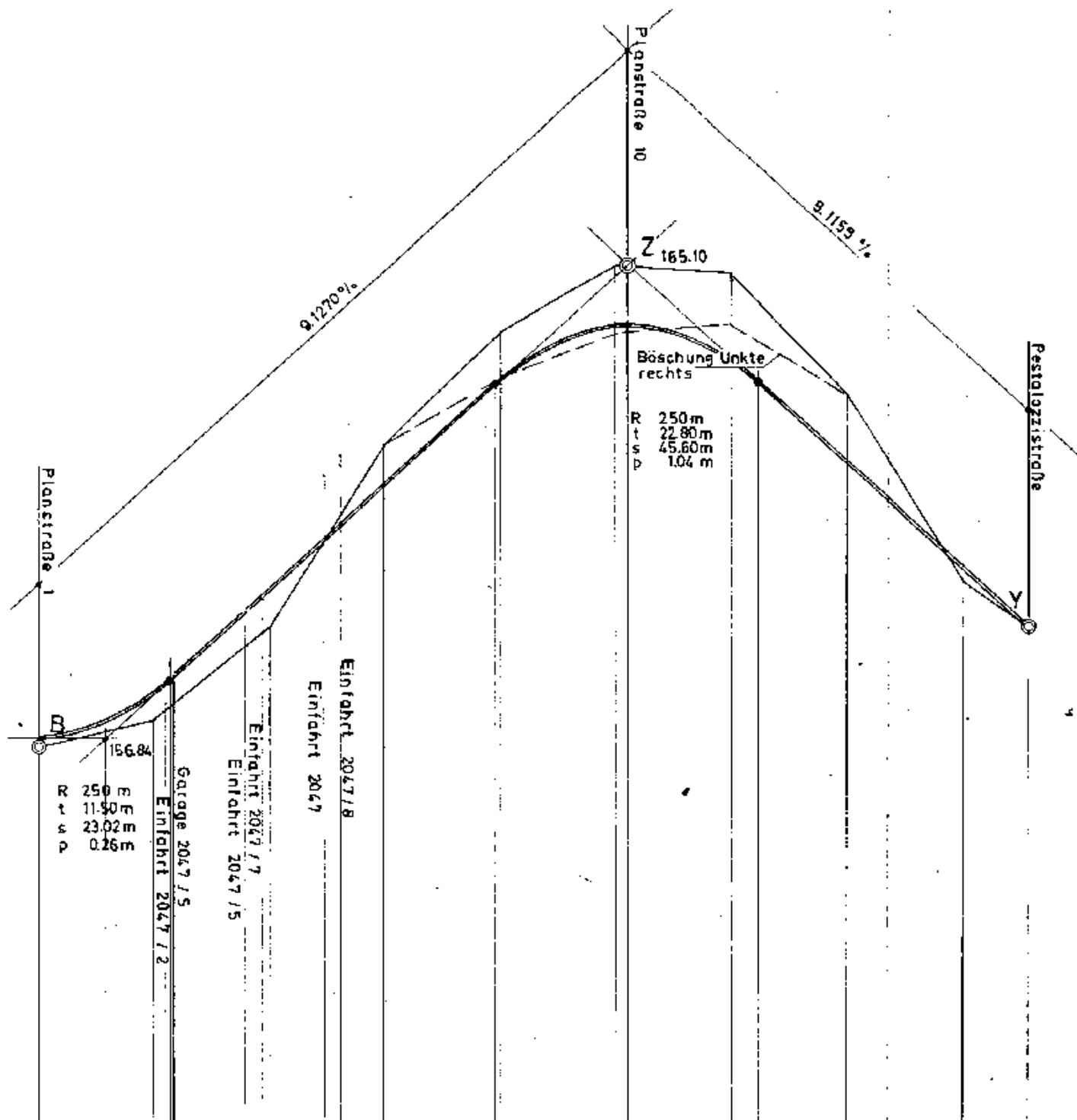
Festsetzungen des Bebauungsplans:

1.	Art d. baul. Nutzung	
2.	Zahl d. Vollgeschosse	
3.	Grundflächenzahl	GRZ
4.	Geschossflächenzahl	GFZ
5.	Baumassenzahl	BMZ
6.	Bauweise offen	o
7.	" geschlossen	s
8.	Satteldach	SD
9.	Flachdach	FD
10.	Walmdach	WD
	Dachneigung	
	Anzahl d. zulässigen Wohneinheiten	WE

Maßstab 1: 500

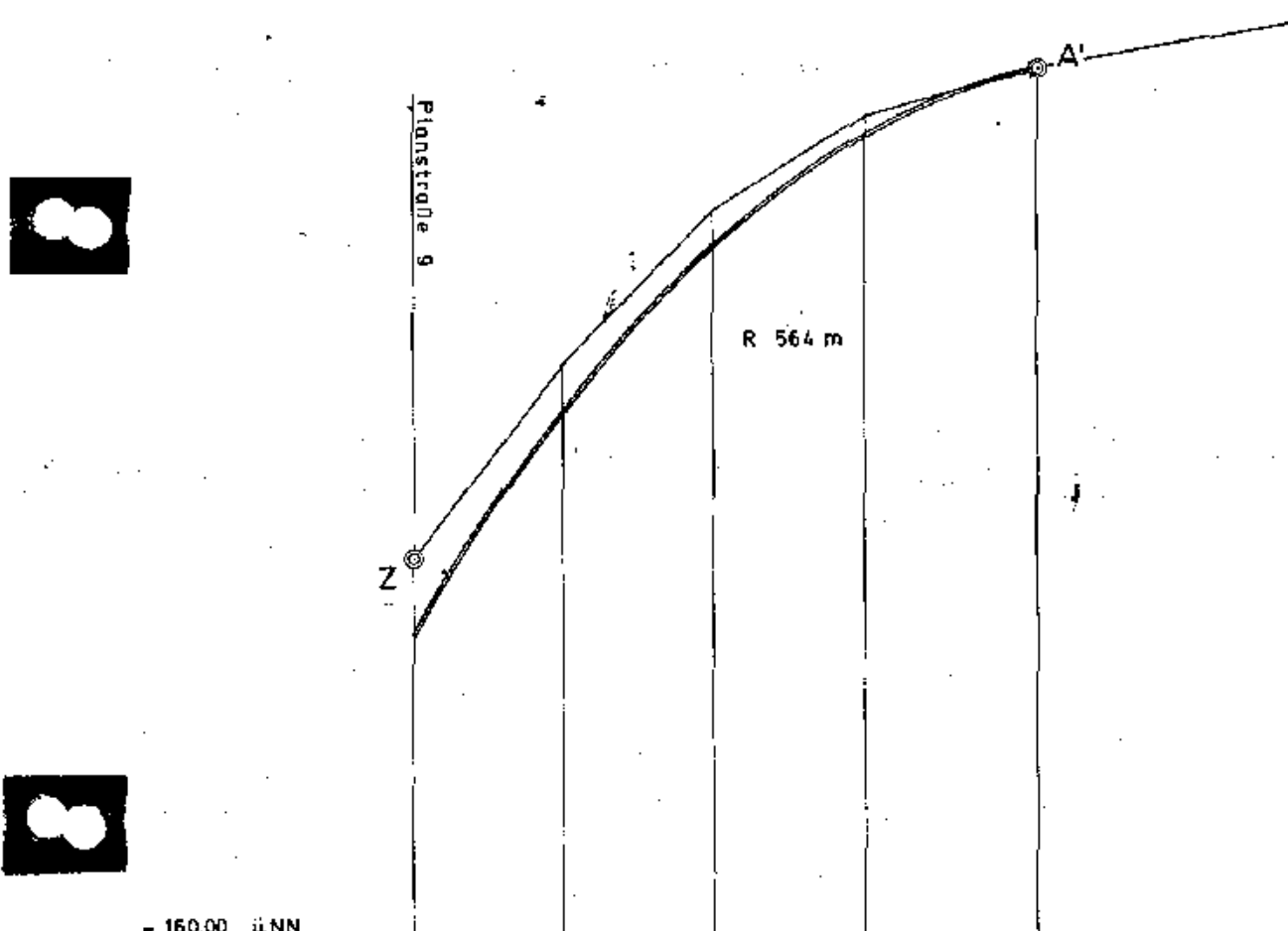
Unbeglaubigter Auszug aus dem
Liegenschaftskataster
gefertigt am 30. Mai 1978
Staatl. Vermessungsamt Heidelberg

Darstellung entspricht dem Liegenschafts-
kataster. Abweichungen gegenüber dem
Grundbuch möglich.

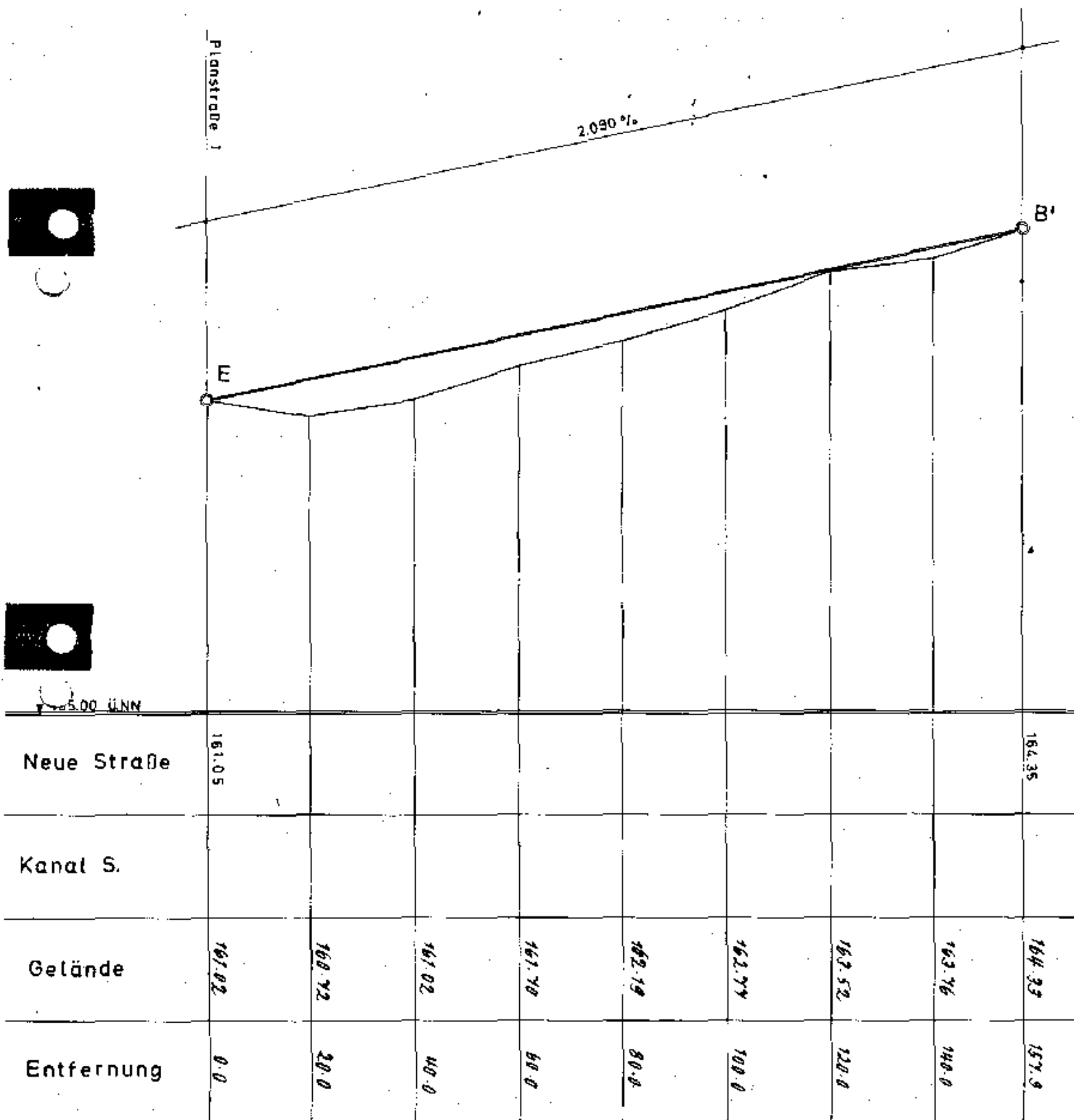


Neue Straße	Kanal S.	Gelände	Entfernung
156.81		158.81	171.0
		159.58	160.0
		162.81	140.0
163.02		164.95	120.0
164.06		165.10	102.0
		165.09	100.0
		163.09	
163.94		163.10	80.0
163.02		163.10	79.2
		161.93	60.0
		161.74	52.5
		161.40	50.0
		158.82	40.0
		158.24	38.0
		158.04	36.0
		157.93	23.5
		157.44	22.0
		157.16	20.0
157.89			
157.10			17.5
156.84		156.68	0.0

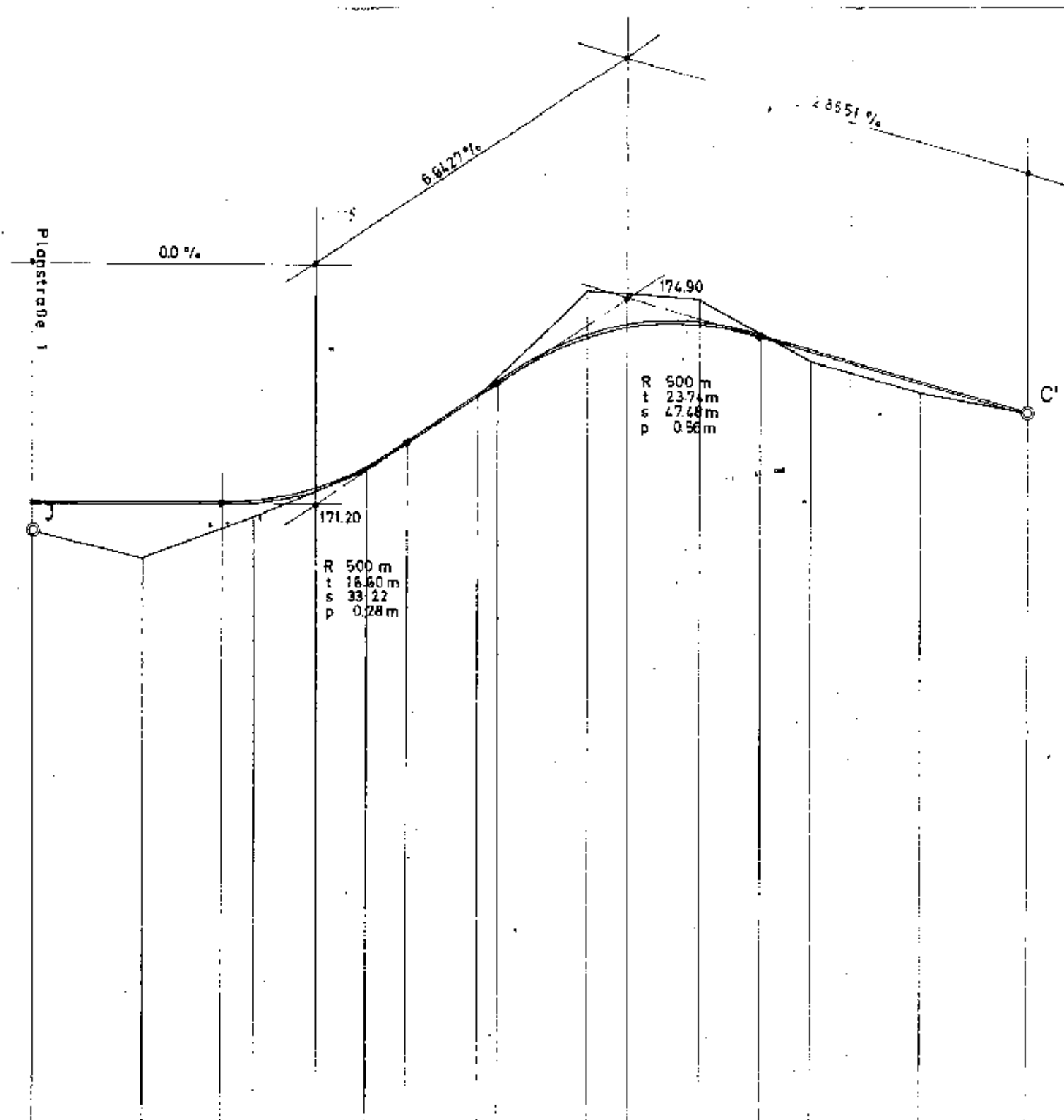
BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 9 - Mühlenbergweg -



	164.06	167.04	169.28	170.81	171.70
Neue Straße					
Kanal S.					
Gelände	165.10	167.69	169.75	171.05	171.67
Entfernung	0.0	20.0	40.0	60.0	83.0



BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 11



Neue Straße	171.20	171.20	171.48	172.30	173.32	174.36	174.22	172.85
Kanal S.								
Gelände	170.70	170.20	170.96	171.74	173.11	175.05	174.90	173.20
Entfernung	0.0	20.0	34.7	40.0	67.9	83.26	107.0	100.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 12

Bahles

Baiertal, den 25. ~~XX~~ 1966
Der Bürgermeister

06222

84243

Der Bebauungsplanentwurf hat gemäß § 2 (6) BBauG nach
ortsüblicher Bekanntmachung

am 30. Oktober 1967

von 8. November 1967

bis 8. Dezember 1967 öffentlich aufgelegt.
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG in Verbindung mit
§ 4 GO durch Beschluß des Gemeinderates
vom 20. Dezember 1967 als Satzung beschlossen.

Baiertal, den 22. Dezember 1967
Der Bürgermeister

Genehmigungsvermerk der höheren Verwaltungsbehörde:

Nr.
Genehmigt (§ 11 BBauG)

Heidelberg, den 196
Landratsamt

Durch Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 12 BBauG

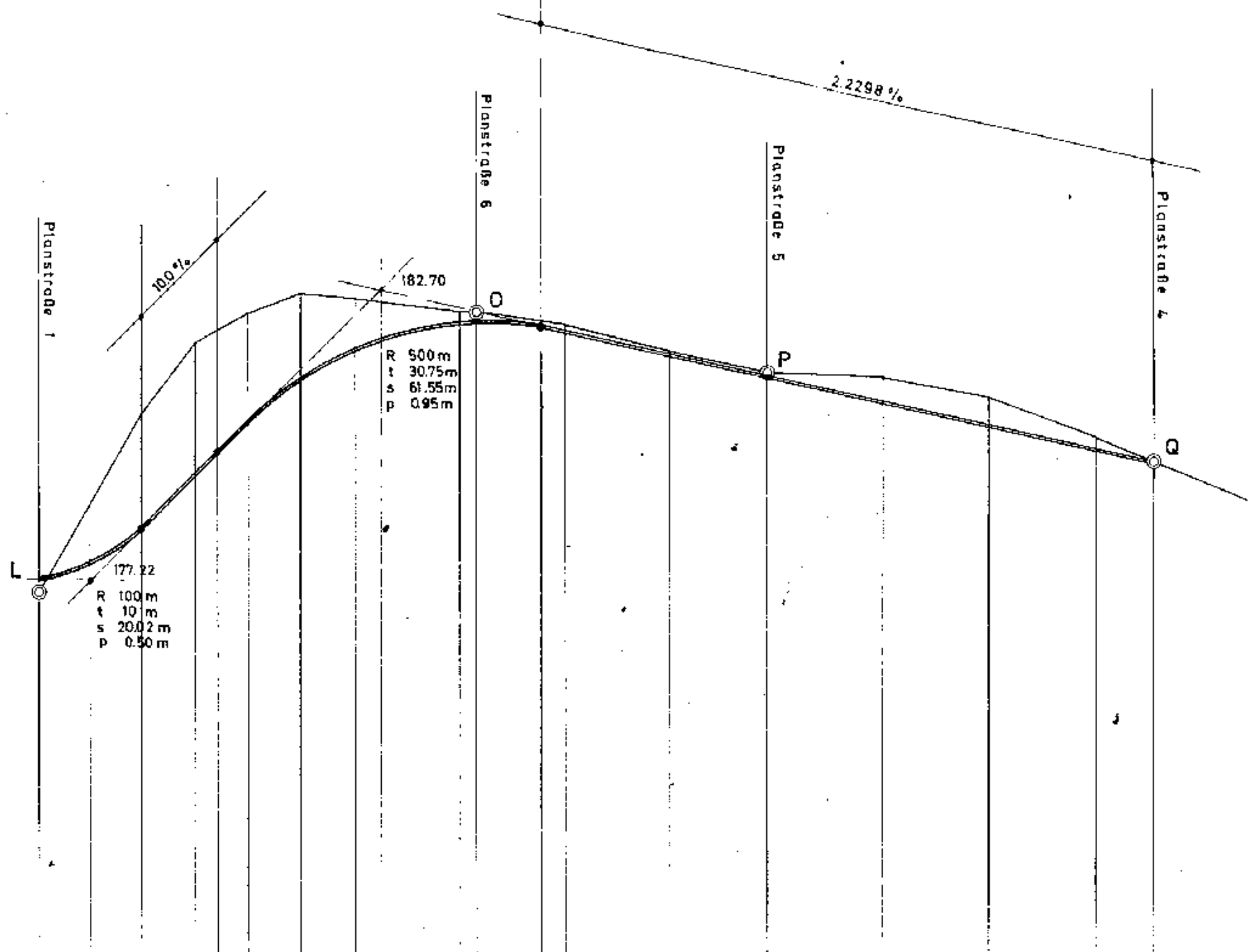
von 5. Juni 1968

bis 14. Juni 1968

ist der Bebauungsplan am Ausgabetag o.h.

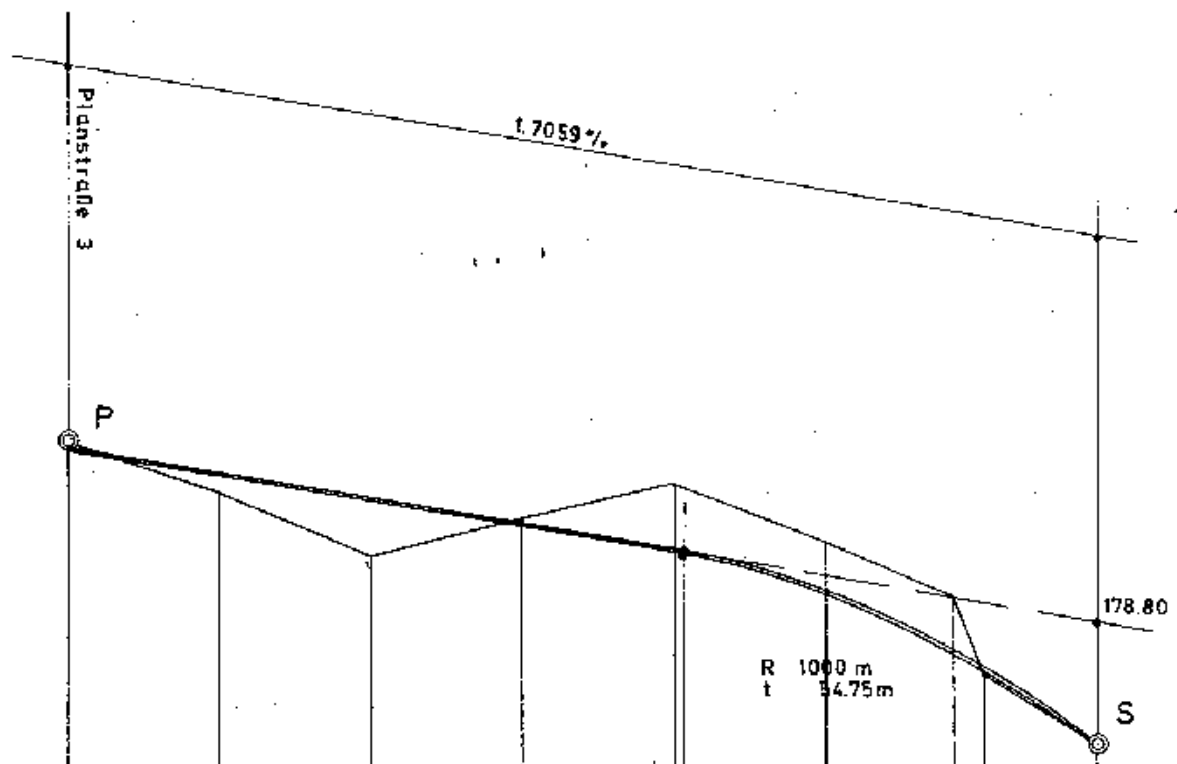
am 15. Juni 1968 rechtsgültig geworden.

Baiertal, den 18. Juni 1968
Der Bürgermeister



Neue Straße	177.22	177.72	178.22	179.62	181.75	181.85	182.01	181.03	181.13	181.06	180.66	179.88	179.439	211.0
Kanal S.														
Gelände	176.99	178.66	180.36	181.70	182.27	182.67	182.55	182.30	182.05	181.58	181.13	180.66	179.88	211.0
Entfernung	0.0	10.0	20.0	30.0	40.0	50.0	60.0	80.0	95.55	100.0	120.0	138.0	200.0	211.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
 Planstraße 3 - verl. Zum Wilhelmsblick -



170.00 ü. NN

Neue Straße

Kanal S.

Gelände

Entfernung

181.03

181.13

0.0

180.45

20.0

179.59

40.0

180.09

60.0

179.73

180.60

81.25
80.0

179.23

179.82

100.0

178.68

179.08

117.0

178.05

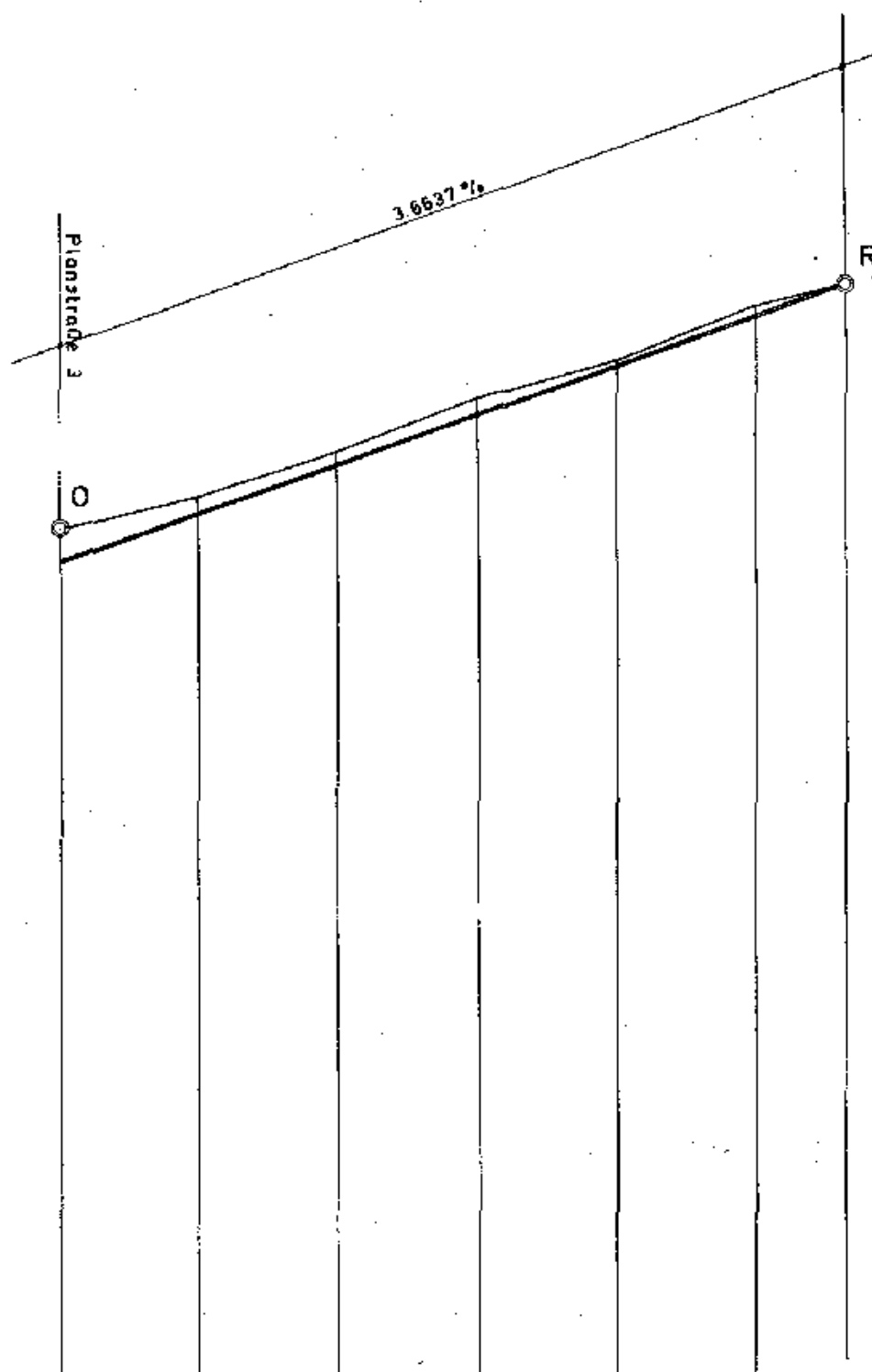
121.0

177.30

177.16

136.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 5



Neue Straße

181.85

186.00

Kanal S.

Gelände

182.30

182.79

183.45

184.23

184.82

185.58

185.93

Entfernung

0.0

20.0

40.0

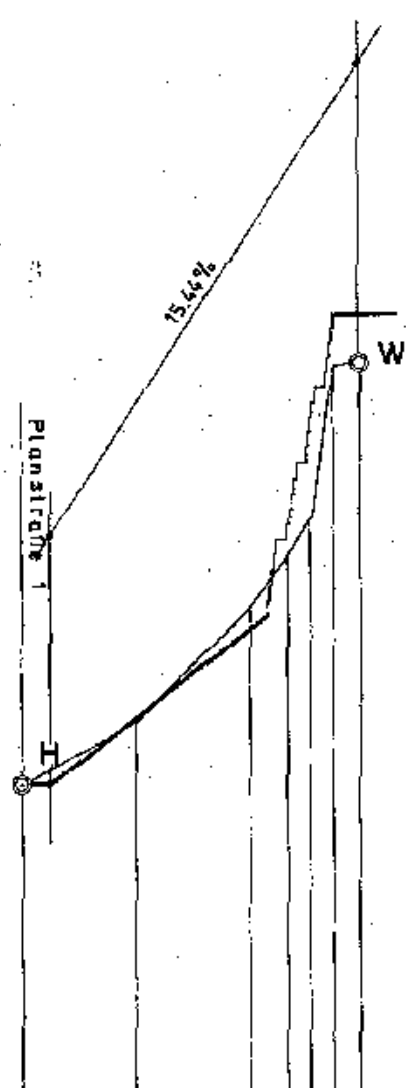
60.0

80.0

100.0

113.0

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 6



Neue Straße

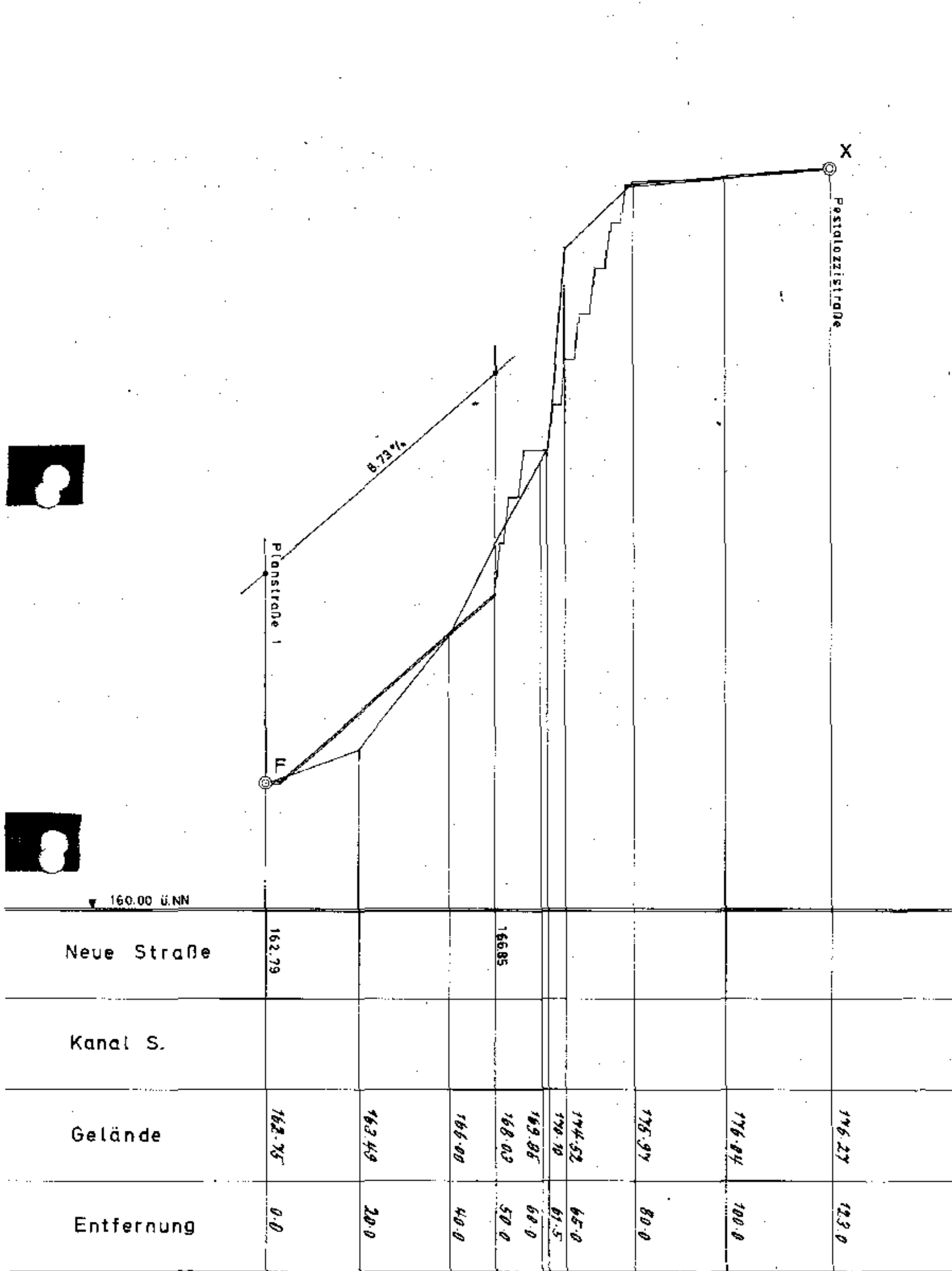
Kanal S.

Gelände

Entfernung

169.07				175.40
169.07	168.95	171.47	172.20	174.74
0.0	15.0	30.0	35.0	44.5

BAIERTAL 1:1000 / 1:100
Planstraße 7



BAIERTAL, den *23. Okt.* 1967
Der Bürgermeister

[Signature]

Planfertiger:
HEIDELBERG, den *23. Oktober* 1967

J. Zipprian



Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

1:1000

BESCHLÜSSE - UND GENEHMIGUNGSVERMERKE

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der
Planzeichenverordnung vom 19.1.1965

Heidelberg, den 1967

Öffentlich bestellter Vermess. Ing.

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 2 (1) BBauG durch Beschluß
des Gemeinderates vom .. 21. Juli 1966 aufgestellt.

Baiertal, den .. 25. Juli 1966
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplanentwurf hat gemäß § 2 (6) BBauG nach
ortsüblicher Bekanntmachung

am .. 30. Oktober 1967

von ... 8. November 1967

bis ... 8. Dezember 1967 öffentlich aufgelegt.
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG in Verbindung mit
§ 4 GO durch Beschluß des Gemeinderates

vom .. 20. Dezember 1967 als Satzung beschlossen.

Baiertal, den .. 22. Dezember 1967
Der Bürgermeister

Genehmigungsvermerk der höheren Verwaltungsbehörde:

Nr.

Genehmigt (§ 11 BBauG)

Heidelberg, den 196
Landratsamt

Durch Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 12 BBauG

von ... 5. Juni 1968

bis ... 14. Juni 1968

ist der Bebauungsplan am Ausgabetag d.h.

am .. 15. Juni 1968 rechtsgültig geworden.

Baiertal, den .. 18. Juni 1968
Der Bürgermeister